

Kantonspolizei plant neue Präventionsfachstelle

tom. Die SVP-Kantonsratsfraktion hat am Montag im Zürcher Kantonsrat die Schaffung einer Kantonspolizei-Präventionsfachstelle scharf kritisiert, die sich mit hier ansässigen fremden Kulturen auseinandersetzen wolle und für die derzeit «Brückenbauerinnen» und «Brückenbauer» gesucht würden. Wie eine Nachfrage bei Kathrin Graf, Staboffizierin bei der Kriminalpolizei ergeben hat, plant die Kantonspolizei tatsächlich die Schaffung einer solchen Fachstelle. Diese befinde sich allerdings erst in der Projektphase. Extern sei darüber noch nicht kommuniziert worden. Es werde derzeit darüber nachgedacht, wie die Polizei einen besseren Zugang zu Ausländergruppen schaffen könne, um präventiv wirken zu können und nicht nur repressiv tätig werden zu müssen. Über das interne, elektronische Kommunikationsmedium der Kantonspolizei sei ein Aufruf an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgt; darin seien tatsächlich «Brückenbauerinnen» und «Brückenbauer» für die Fachstelle gesucht worden.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK

Dividendenbesteuerung. Mit 95 zu 64 Stimmen hat der Kantonsrat beschlossen, dass Aktionäre mit einer Beteiligung von mindestens 10 Prozent an einem Unternehmen Dividenden nur noch zum halben Satz versteuern müssen (Bericht Seite 41).

Kirchengesetz. Das neue Kirchengesetz, das den Landeskirchen mehr Unabhängigkeit bringt, ist mit 143 zu 4 Stimmen angenommen worden. Kritik kam nur von Markus Bischof (al., Zürich). Ihn störte, dass die Kirchen zusätzlich zu den Steuern 50 Millionen Franken pro Jahr für Leistungen erhalten sollen, deren Nutzen seiner Meinung nach unklar ist.

Anerkennung jüdischer Gemeinden. Diskussionslos und mit 132 zu 0 Stimmen hat der Rat das Anerkennungsgesetz verabschiedet. Es bringt der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich und der Jüdischen Liberalen Gemeinde die staatliche Anerkennung.

Gleichgeschlechtliche Paare. Die Zürcher Regelungen für gleichgeschlechtliche eingetragene Partnerschaften sind an das eidgenössische Partnerschaftsgesetz angepasst worden. Der Rat stimmte den Änderungen mit 107 zu 10 Stimmen zu. Einige SVP-Vertreter sowie die EDU-Fraktion lehnten ab.

Ausbildung in Heilpädagogik. Die Hochschule für Heilpädagogik soll in die Pädagogische Hochschule Zürich integriert werden. Der Rat hat ein dringliches Postulat von Claudio Schmid (svp., Bülach) diskussionslos überwiesen.

Ombudsstelle. Mit 147 zu 0 Stimmen ist eine Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes angenommen worden. Sie wurde nötig, weil die kantonale Ombudsstelle neu auch für Gemeinden tätig wird, wenn diese das wünschen. Sie müssen dafür zwischen 1 und 4 Franken pro Jahr und Einwohner bezahlen.

Neuer Oberrichter. Der Rat hat Martin Langmeier (glp.) mit 129 von 140 Stimmen zum Oberrichter mit 50-Prozent-Pensum gewählt und das Pensum von Stefan Volken (ebenfalls glp.) von 50 auf 100 Prozent aufgestockt.

Brückenbauer bei der Kapo. Die Kantonspolizei wolle eine Fachstelle einrichten, die Polizisten im Umgang mit Personen aus fremden Kulturen ausbilden soll, sagte Claudio Schmid (svp., Bülach) und gab in einer Fraktionserklärung der Befürchtung Ausdruck, die Kapo werde zur «Kuschelpolizei». kg.